



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/78 - 7. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34381 - 83
Fernschreiber 0005690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	"Kultur als Mittel der Politik?" Zum Thema: Internationale Kulturbeziehungen Von * * *	142
4	Vor gemeinsamen Aufgaben im europäischen Norden Eine interkandinavische Konferenz in Malmö	36
5	London befürchtet Verschärfung der Krise Der ratlose NATO-Rat	50
6	Bonn im Windschatten Pankows Aktivität in den blockfreien Ländern	48

* * *
* *

Zur Besetzung:

"Verkehrsch caos * wenig Geld im Straßenbau"
- darüber schreibt morgen im Pressedienst der
Haushaltsexperte der SPD, Heinrich Ritzel, MdB

7. April 1959

"Kultur als Mittel der Politik" ?

Zum Thema: Internationale Kulturbeziehungen

Von * * *

In der vergangenen Woche wurde zwischen dem Irak und der Zonenregierung in Ost-Berlin ein Kulturabkommen abgeschlossen. Eine Woche früher hatte der stellvertretende Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, K.E. Krappstein, umfassende Reorganisationspläne für die Kulturabteilung seines Ministeriums angekündigt, veranlaßt durch die seit einem Jahr heftige Kritik aller interessierter Kreise in der Bundesrepublik und durch die ungewöhnliche kulturpolitische Aktivität der Sowjet-Union und der Zonenregierung in Asien und im Nahen Osten. Wie so oft hat sich die Bundesregierung zu einer notwendigen politischen Maßnahme erst durch unhaltbar gewordene Zustände bei uns und durch Erfolge der Ostblockstaaten drängen lassen.

Unsere kulturellen Beziehungen zum Ausland liegen dabei durchaus im öffentlichen und allgemeinen Interesse der Bevölkerung aller Schichten. Die Sportverbände, Schulen und Hochschulen, Künstler, Film und Theater, Volkshochschulen, Kirchen, Wissenschaftler und Verleger nehmen an diesen Beziehungen lebhaften Anteil. Die berufliche Ausbildung unseres Nachwuchses in aller Breite, von den Industriepraktikanten bis zur Studentenschaft, ist ohne den internationalen Austausch nicht mehr denkbar. Die internationalen Kulturbeziehungen sind damit nicht mehr eine Sache der staatlichen Repräsentation, sondern ein sachliches Bedürfnis der kulturellen Entwicklung unseres Volkes, ein Mittel zur "freien Entfaltung der Persönlichkeit", wie sie im Grundgesetz garantiert ist.

Keine geschlossene Konzeption

Die 1952 geschaffene Kulturabteilung im Auswärtigen Amt sollte nun die staatliche Stelle sein, mit deren Hilfe sich diese internationalen Beziehungen in möglichster Vielfalt und Freiheit entwickeln können. Doch man sucht vergeblich nach einer Konzeption oder wenigstens praktischen Arbeitsweise, die dieser Notwendigkeit entsprechen. "Kultur als Mittel der Politik", so war kürzlich ein Interview mit Bundesaussenminister von Brentano überschrieben, das sich mit diesem Problemkreis befaßte. Und so wurden denn auch in den letzten Jahren die Kulturbeziehungen von einer "Politik der Stärke" gegenüber dem Ausland und gegenüber den eigenen Staatsbürgern kurzerhand überwältigt. Eine Ausdehnung des Verwaltungsstaates und staatlicher politischer Dirigis-

mus machten sich unerträglich breit. Gefördert wurde, was politisch nützte und genehm war, nur die kulturellen Belange kamen dabei zu kurz. Durch politische Steuerung mit Staatsgeldern, Bürokratie-Denken und Verwaltungswucher wurde hier ein wichtiger Teil eines Grundrechtes " eingeschnitten ". Große private Organisationen, die wichtige Aufgaben der internationalen Kulturpflege übernahmen, kamen durch staatliche Subventionen an eine goldene Kette und wurden unmerklich zu mittelbaren Staatsverwaltungen degradiert. Es fehlte nicht nur an klaren Maßstäben für die Förderung, wodurch Zufallsentscheidungen immer häufiger wurden.

Chaotische Zustände

Gleichzeitig plante die Kulturabteilung durch die ständige Arbeitsüberlastung - hervorgerufen durch die Einflußnahme auf die kleinste Einzelentscheidung - ihre eigentlichen Aufgaben der Leitung, Beobachtung und Koordinierung nicht mehr wahrnehmen, da die Sachetats, nicht aber der Personalbestand, fortlaufend steil anstiegen. Eine selbst für den Fachmann nicht mehr überschaubare Kompetenzverwirrung zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerministerium, und dem Bundespresseamt und den Landeskultusministerien als Folge der im Grundgesetz nicht vorgesehenen " Bundeskulturpolitik mit schlechtem Gewissen " führte zu fast chaotischen Zuständen. Das sonst durch die Regierungsparteien propagierte Subsidiaritätsprinzip staatlicher Hilfen im Kultur- und Bildungsbereich wurde einfach mißachtet. Das Auswärtige Amt versuchte, mit Hilfe staatlicher Subventionen die Bildungsinhalte und die Richtung kultureller Trägergruppen politisch zu diktieren. Die von Bundesauswärtigenminister von Brentano abgelehnte Bert-Brecht-Aufführung in Frankreich, die bis heute nicht mögliche Unterstützung der Nachwuchsausbildung junger Algerier, die Kulturbeziehungen mit der Sowjet-Union und Polen, der stagnierende Kulturaustausch mit Israel und umgekehrt die Förderung der von keinem so weitgehenden Bedürfnis getragenen Kulturbeziehungen mit Spanien sind nur einige berüchtete Beispiele für die verfehlte Regierungspolitik, die nun fast zu einem Skandal geführt hat. Daß einige Gebiete, z.B. das heutige China und mehrere südamerikanische Staaten, von Kulturdenken im Auswärtigen Amt praktisch völlig außer Acht gelassen werden, kann dann bei einer solchen Mischung von unüberwundener Wilhelm-Straßen-Politik und Provinzialismus kaum noch verwundern.

Unüberhörbare Kritik

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte seit Jahren in jeder Haushaltsdebatte und durch zahlreiche Anfragen eine Revision der auswärtigen Kulturpolitik gefordert, noch ehe das Kind in den Brunnen gefallen war. Die Abgeordneten Kahn-Ackermann und auch in letzter Zeit Heinz Kühn und Helmut Kalbitzer wiesen auf

Gefahrenpunkte hin und machten konkrete Vorschläge zur Neuordnung. Nun ist die Kritik an diesen Zuständen in den letzten Monaten auch von Seiten regierungsnaher Zeitungen und Fachleute und von den unabhängigen Kulturorganisationen unüberhörbar geworden. Der Mitbegründer der CDU und ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Theodor Steltzer ging sogar so weit, kurzerhand die Verlagerung der gesamten Pflege der auswärtigen Kulturbeziehungen auf einen autonomen "Kulturrat" als privater Organisation nach Art des British Council zu fordern.

Das Auswärtige Amt hat diesen Vorschlag abgelehnt, gleichzeitig aber umfassende Reformen angekündigt. Der der CSU angehörende jetzige Kulturattaché in Rom, Dieter Sattler, soll den bisherigen Leiter der Kulturabteilung, Dr. von Trützschler, Ende Juni ablösen. Die Abteilung soll drei Länderreferate erhalten und ein großer Teil der Verwaltungsarbeit soll anderen Gremien, teils privater Natur, übertragen werden. Ein Beirat von rund 20 Experten soll bei der Planung beratend tätig werden.

"Außenpolitik" soll Trumpf bleiben

Diese immerhin recht energischen Reformen, die durch viele Einzelmaßnahmen noch ergänzt werden sollen, räumen jedoch die bisherige Kritik keineswegs aus. Nach den Verlautbarungen soll auch künftig die Kulturpolitik als ein integrierter Teil der Außenpolitik gewertet werden. Es bleibt also "die Kultur als Mittel der Politik", der Regierungspolitik. Das Subsidiaritätsprinzip staatlicher Förderung im Kulturbereich wird also aus Opportunitätsgründen auch weiterhin von Auswärtigen Amt mißachtet, die kulturelle Tätigkeit des Staatsbürgers und seiner privaten Zusammenschlüsse wird genau so vor der Außenpolitik überwältigt. Das Verhältnis zwischen staatsfreier Raum und Staatsverwaltung ist ernsthaft gestört, der Staatsbürger ist in seiner Selbstbehauptung gefährdet. Ein Recht auf staatliche Förderung ohne politische Eingriffe hat er dabei hier genau so wie im ganzen übrigen freien Bildungsbereich, wo er die finanziellen Aufwendungen aus eigener Kraft nicht leisten kann. Die Verwirrung der Kompetenzen wie der Dirigismus gegenüber den privaten Organisationen bleiben unverändert. Eine den kulturellen Bedürfnissen entsprechende sachgerechte Konzeption der Pflege auswärtiger Kulturbeziehungen zeichnet sich nicht ab.

Der Wert des geplanten Beirates der Kulturabteilung wird sich erst erweisen müssen. Man wird sehr sorgfältig beobachten müssen, ob er wirklich die vielfältigen kulturellen und politischen Gruppierungen und Richtungen bei uns repräsentiert oder ob er nur ein Gremium wird, das den rein außenpolitisch bestimmten Entscheidungen des Auswärtigen Amtes und den schnell wechselnden tagespolitischen Regierungsinteressen beistimmt.

Diskussion noch nicht abgeschlossen

Inzwischen haben sich 7 große private Austauschorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um ihren Standpunkt gegenüber dem Auswärtigen Amt gemeinsam zu vertreten. Die Diskussion um die auswärtigen Kulturbeziehungen ist keineswegs abgeschlossen. Daß diese Kulturbeziehungen eine außerpolitische und auch wirtschaftspolitische Rückwirkung haben, soll dabei gar nicht verkannt, aber ebensowenig mit plumper Mitteln angetrieben werden. Die kulturelle Entwicklung unseres Volkes muß eigenen Gesetzen gehorchen. Der "Zug zur Herrschaft der Greise" in einigen Bereichen unserer kulturellen Repräsentanz ist nicht gerade ermutigend. Die immer weiter um sich greifende Unsicherheit unseres Staatsverständnisses läßt befürchten, daß die Bundesregierung nur mit feineren Methoden den Versuch unternimmt, Grundfreiheiten und Rechte der Bürger unmerklich einzuschränken.

Vor gemeinsamer Aufgaben im europäischen Norden

M.G. - Die Vorstände aller sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland haben beschlossen, zu einer Konferenz der skandinavischen Arbeiterbewegung einzuladen. Dieses bisher größte interskandinavische Treffen der Arbeiterorganisationen wird Anfang September in Malmö stattfinden. Auf der Tagesordnung steht vor allem eine Aussprache über die Aufgaben in den kommenden Sechzigerjahren, die Aufzeichnung der großen Linien für die fortgesetzte soziale Reformarbeit und die Koordinierung dieser Arbeit in allen skandinavischen Ländern.

Die misglückten Verhandlungen über die Bildung eines Freihandelsgebietes haben in Skandinavien die Überzeugung verestärkt, daß eine engere Zusammenarbeit aller nordischen Länder notwendiger ist als je zuvor. Da, mit Ausnahme von Finnland, in allen diesen Ländern die sozialdemokratischen Parteien die Verantwortung der Regierung tragen, ist es natürlich, daß man sich erst auf Parteiebene über die Konturen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme klar wird. Eine weitere Selbstverständlichkeit ist, daß man in den Hauptfragen ein Übereinkommen mit der Opposition herbeizuführen sucht; alle skandinavischen Arbeiterparteien lehnen das Diktat einer Mehrheit ab!

Verschlechtert sich die außenpolitische Situation, so besteht die Gefahr, daß die einzelnen skandinavischen Länder ohne ihren Willen gegeneinander gestellt werden. Mit der Möglichkeit dieser schwersten Situation, vor die der Norden niemals gestellt werden kann, muß heute gerechnet werden. Und der daraus entspringenden Aufgabe kann sich kein nordischer Staatsmann entziehen.

Vom politischen und auch vom speziell sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet ist in dieser Ländergruppe Finnland das schwächste Glied. Seine Wirtschaftspolitik ist stark nach sowjetischen Wünschen ausgerichtet und seine schwache Minderheitsregierung Sukselainen ist kein Zeichen von innerer Stärke. Hier kann nun verzeichnet werden, daß die neue Führung des finnischen Gewerkschaftsbundes unter dem unabhängigen Reimo Reinonen eine sichtbare Annäherung der sich bekämpfenden Fraktionen erreicht hat und daß sicherlich in absehbarer Zeit die sozialdemokratische Partei für eine Regierungsbeteiligung bereit sein wird.

7. April 1959

Der ratlose NATO-Bat

W.A. - London

Enttäuschung mit Amerika und Bitterkeit gegen Paris und Bonn kennzeichnen die Reaktionen in London auf die ergebnislosen Besprechungen des NATO-Rates. Die westlichen Außenminister trennten sich, ohne eine gemeinsame Taktik für die Verhandlungen mit den Russen gefunden zu haben. Außenminister Selwyn Lloyd ist es nicht gelungen, die verbündeten Mächte zur Annahme des Macmillan-Planes für Rüstungsbeschränkung und Kontrolle in einer vereinbarten Zone Zentraleuropas zu bewegen. Herr von Brentano und Couve de Murville verschanzten sich dahinter, daß für ihre Regierungen der Plan unannehmbar sei. Der geschäftsführende amerikanische Außenminister Christian Herter machte einen Kompromißvorschlag. Er regte an, daß der Macmillan-Plan nur unter der Bedingung unterbreitet werden sollte, daß er mit Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage verbunden sein müsse. Die Experten in der Arbeitsgruppe, die am 13. April in London zusammengetreten, werden sich die Köpfe darüber zerbrechen, wie man das praktisch tun könne.

Premierminister Macmillan hat mehrfach seine feste Überzeugung ausgesprochen, daß Chruschtschow nur zu echten Verhandlungen und damit zu einem neuen Arrangement über Berlin, das die westlichen Rechte, in Berlin zu bleiben, anerkennen würde, bereit sein dürfte, wenn der Westen ihm mindestens so etwas wie den britischen Plan der Rüstungsbeschränkung und Kontrolle anbieten werde. Was auch immer die Experten der Arbeitsgruppe, die sehr beschränkte Vollmachten haben, oder später die Außenminister Ende April in einer neuen Zusammenkunft vereinbaren werden, dürfte nicht ausreichend sein.

So befürchtet man in London, daß die Konferenz der Außenminister in Gorf statt einer Entspannung der Atmosphäre eine Zuspitzung der Berlin-Krise mit sich bringen wird. Infolgedessen überlegt Macmillan, wie er doch noch versuchen könnte, eine gemeinsame westliche Position für echte Verhandlungen mit den Russen erreichen könnte. Infolgedessen zieht er in Betracht, eine Zusammenkunft der westlichen Staatschefs herbeizuführen. Natürlich wird er seine Absicht nicht hinausposaunen, ehe er die Stimmungen in Washington, Bonn und Paris sondiert haben wird. Macmillan hatte nach seinem Moskau-Besuch vermocht, die westliche Front in Bewegung zu setzen. In Washington aber stellte sich heraus, daß Dr. Adenauer, sekundiert von de Gaulle, mit Erfolg den Befehl "Das Ganze Halt" ausgab.

Selbst die vornehmste EBC konnte es sich nicht verkneifen, zu verkündigen: "Dr. Adenauer ist in das Vakuum, entstanden durch die Erkrankung von Dulles, getreten ... Es gibt niemand, der Dr. Adenauer in Schach halten könnte". Tom Driberg, der sozialistische Kolumnist und Mitglied der Labour-Executive nannte ihn in seiner Spalte "Unser neuer Führer" und fragte, wie bald die britischen Soldaten den Goose-step (Gänsechritt-Paradermarsch) lernen müßten, um mit den neuen Senior-Partner Schritt halten zu können? Vor einem halben Jahre bekühten sich Bundespräsident Heuss und Königin Elisabeth in dankenswerter Weise, der deutsch-englischen Freundschaft auf die Beine zu helfen. Heute stehen die politischen Beziehungen zwischen Adenauer und Macmillan auf dem Gefrierpunkt. Neben dem kalten Kriege haben wir eben auch eine kalte Freundschaft.

Bonn im Windschatten

ler. Mit aller Macht strebt Pankow nach internationaler Anerkennung. In den nichtkommunistischen Staaten Europas hatte Pankow in seinem Bemühen, auf internationaler Ebene hoffähig zu werden, bisher keinen greifbaren Erfolg. Das mag sich, sollte es bei der sturen Wein-Sager-Politik Bonns bleiben, vielleicht mit der Zeit ändern. Das Schwergewicht der Propaganda Pankows liegt allerdings nicht in Europa, es liegt bei den blockfreien Staaten und Völkern Asiens und Afrikas. Diesen kommt bei zukünftigen Entscheidungen grosse Bedeutung zu, ihre Stimmen sind im Chor der Vereinten Nationen nicht mehr zu überhören. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, so mächtig sie auch sein mögen, müssen das Gewicht dieser Staaten berücksichtigen, sie können es nicht negieren. Vielleicht hängt eines Tages die Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes davon ab, zu welcher Seite sich diese nichtgebundenen und von der Militärblock-Politik freihaltenden Staaten Afrikas und Asiens reigen werden.

Das Gesicht der Welt von morgen wird nicht allein durch den gegenwärtigen Konflikt zwischen Moskau und Washington bestimmt; die stürmische Aufwärtsentwicklung Asiens und Afrikas, deren Revolutionen und Bestrebungen, sich von jeglicher westlicher Bevormundung zu befreien, und unabhängig zwischen der USA und der Sowjetunion einen Kurs zu steuern, gibt der Welt von morgen das bestimmende Gepräge. Pankow hat dies erkannt - sehr zum Unterschied von Bonn. Es investiert Kapital und Menschen, um diese kommende Welt für sich zu gewinnen, es sendet seine Propagandisten in die neuen Hauptstädte Asiens und Afrikas, es bietet diesen Ländern Hilfe in geradezu unbeschränktem Ausmass an.

Das letzte Schulbeispiel ist der Irak. Seit zwei Wochen weilt der Staatssekretär für das Hochschulwesen der DDR, Wilhelm Girnus, an der Spitze einer Abordnung von Beamten und Professoren in Bagdad, um über den Austausch von Studenten, Sportlern und Wissenschaftlern zu verhandeln. In den Hauptstädten der beiden Staaten sollen Propagandazentren gebildet werden; ein Abkommen sieht die kostenlose Ausbildung von irakischen Studenten und Arbeitern in der DDR vor. Dabei ist der Irak nicht einmal ein Sonderfall; in den neuen Staaten Afrikas und Asiens ist Pankow ebenso eifrig am Werke, seine diplomatischen Vertretungen sind stark besetzt und nicht gerade mit den schlauesten Leuten. Viele Angehörige der DDR-Missionen sind mit der Geschichte und der Sprache der Länder wohlvertraut, in die sie als Propagandisten Pankows entsandt werden. Kein Wunder, wenn diese Länder die DDR mit Deutschland gleichsetzen und mehr auf Pankow als auf Bonn hören.

Vernünftige Leute im Bonner Auswärtigen Amt sind entsetzt darüber, schon aber kaum eine Möglichkeit, gegen diese Tätigkeit Pankows mit entsprechenden Mitteln aufzuwarten. Lange Zeit hat das offizielle Bonn diese Seite der Aktivität Pankows völlig verkannt und seine Beziehungen zu den Staaten Afrikas und Asiens unter den Blickpunkt einseitiger Westorientierung gestellt. Es handelte unter der Devise: Wer nicht für mich ist, muss gegen mich sein - eine törichte Devise, da sie die Bedeutung der nichtgebundenen Staaten im Getriebe der Weltpolitik übersehen und Pankow ein Spielfeld überliessen, das es reichlich ausnutzt.